
Peter Scherrer/Hinrich Oetjen

Gewerkschaften in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien

Peter Scherrer, geb. 1959 in Clarholz/Westfalen, Ausbildung als Metallarbeiter, zweiter Bildungsweg, Studium der Geschichte, Soziologie und Politologie in Berlin, Bielefeld und Newcastle upon Tyne/Großbritannien, von 1990 bis 1992 Internationaler Sekretär der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, ist seit 1992 Referatsleiter Internationales der Hans-Böckler-Stiftung.

Hinrich Oetjen, geb. 1933 in Leeste/Bremen, Ausbildung als Werkzeugmacher, Arbeit als Jugendsekretär, war von 1970 bis 1985 Leiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel und von 1985 bis 1996 Leiter der DGB-Bundesschule in Hattingen.

Während des Krieges in Kroatien und Bosnien-Herzegowina flimmerten die Bilder von brutalen Kriegsverbrechen über unsere Bildschirme. Die Öffentlichkeit war entsetzt. Mit den Menschen, die vor diesem Krieg fliehen mußten, beschäftigten sich die bundesdeutschen Medien weniger intensiv. Noch seltener wird über die ökonomische und soziale Situation ihrer Heimatländer berichtet. Anlaß hingegen gäbe es genug, denn eine entscheidende Frage, die sich alle Rückkehrer stellen, ist: In was für ein Land gehe ich zurück? Gibt es Arbeit, um den Lebensunterhalt zu sichern?

Mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und dem, was die Gewerkschaften in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder tun, beschäftigt sich der folgende Beitrag.¹

Die Entwicklung der Gewerkschaften in Kroatien

Wie in vielen anderen Staaten, so gibt es auch in Kroatien eine bunte gewerkschaftliche Landkarte.² Schon Anfang der neunziger Jahre bildeten sich Branchen- und Industriegewerkschaften, hervorgehend aus der alten Gewerkschaftskonföderation. Vorher existierten diese nur als Abzeichen in der Auflistung der Mitgliedsgewerkschaften beim Dachverband. Durch die Stärkung der Einzelgewerkschaften verloren die Kreisverwaltungen der Gewerkschaftsbünde an Bedeutung. Anfang der neunziger Jahre bildeten sich mehrere neue Gewerkschaftsorganisationen. Eine entstand aus den

1 Zur Rolle der Gewerkschaften vgl. auch Peter Seideneck, Gewerkschaften in Ex-Jugoslawien, in: GMH 12/1995, 5.775-783.

2 Einen detaillierten Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaftslandschaft in Kroatien gibt der Beitrag von Matthias Fritz/Sybille Wacker, Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitsbeziehungen in Kroatien, in: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (Hrsg.), Europäisches Gewerkschaftshandbuch, Brüssel 1997.

Beschäftigten des Mineralölkonzerns INA und des internationalen Flughafens in Zagreb. Diese Organisation nennt sich Konföderation unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens (KNSH). Sie gründete sich bereits im Juli 1990 und betonte von Beginn an die strikte Unabhängigkeit von Staat und Regierung. Dieser Bund soll anfangs 120000 Mitglieder gezählt haben. Nach heftigen, z. T. auch sehr persönlichen Auseinandersetzungen ist der Verband inzwischen jedoch soweit zerfallen, daß nur noch ihr ursprünglicher Kern, die gut organisierten Beschäftigten des Zagreber Flughafens und des Mineralölkonzerns INA zu ihr gezählt werden können.

Ein weiterer neugegründeter Bund nennt sich Kroatisches Gewerkschaftsbündnis (HUS). Er ist christlich orientiert, regierungsnah und wurde durch Funktionäre der Regierungspartei HDZ im Dezember 1990 gegründet. Nach eigenen Angaben hat HUS heute über 100 000 Mitglieder und vereinigt 220 Betriebsgewerkschaften. Die HUS distanziert sich zunehmend von der Regierungspolitik und arbeitet bei wichtigen gewerkschaftlichen Forderungen mit anderen Gewerkschaftsbünden zusammen.

Im Bildungs- und Sozialwesen haben sich sechs Gewerkschaften zum Bund Matica zusammengeschlossen. Matica hat ca. 30 000 Mitglieder. Im öffentlichen Dienst gibt es zudem ein loses Bündnis von zehn Einzelgewerkschaften, das sich Koordinacija nennt. Nach Verbandsangaben zählen sie 45 000 Mitglieder. In der jüngeren Vergangenheit hat sich außerdem ein Bund kroatischer Arbeitergewerkschaften (URS) gegründet. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Betriebs- und Einzelgewerkschaften sowie berufsständische Organisationen.

Der größte Gewerkschaftsbund ist die Union der Autonomen Gewerkschaften Kroatiens (SSSH). Sie ging als Nachfolgeorganisation aus dem vor dem Krieg bestehenden Bund der kroatischen Gewerkschaften hervor. Dieser Bund hat nach eigenen Angaben ca. 450 000 Mitglieder. Dies bedeutet, daß der Organisationsgrad beachtlich ist; denn die Zahl der Erwerbsfähigen liegt bei 1,5 Millionen. Die SSSH hat 25 Mitgliedsgewerkschaften, einschließlich einer Rentnerorganisation. Die Union ist nach demokratischen Prinzipien aufgebaut sie verfügt über ein gutes, flächendeckendes Netz von Regionalbüros und Stadtvertretungen. Die SSSH ist Mitglied im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und ebenso wie HUS und KNSH Mitglied im Forum des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Die Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft wird durch die kroatische Arbeitsgesetzgebung gefördert. Eine Gewerkschaft ist anerkannt und rechtsfähig, wenn sie mindestens zehn (!) Mitglieder hat. Eine Ursache der gewerkschaftlichen Vielfalt liegt aber auch darin, daß das Vermögen der „alten“ Gewerkschaften noch nicht verteilt ist. Die Distribution des Alteigentums steht an. Nach der endgültigen Lösung der Eigentumsfrage wird die gewerkschaftliche Landschaft sicherlich übersichtlicher sein.

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Kroatien

Bei der Gründung des unabhängigen Kroatiens herrschte Krieg. Ein Drittel der gesamten Fläche, nämlich die Krajna, Teile West- und Ostslawoniens hielten die Serben besetzt. Die Verkehrswege waren unterbrochen, große Teile der recht gut ausgebauten Infrastruktur zerstört. Der Tourismus, eine der wichtigsten Einnahmequellen für die dringend benötigten Devisen, war völlig zum Erliegen gekommen. Viele Hotels dienten als Flüchtlingsquartiere. Als Folge des Krieges gibt es heute in Kroatien ca. 400 000 Invalide. Viele der 800 000 Rentner sind vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausgeschieden. Gegenwärtig sind 15 Prozent der Kroaten offiziell als arbeitslos gemeldet. Die Löhne liegen im Durchschnitt bei 500 DM, sofern sie überhaupt ausgezahlt werden. Das Zinsniveau ist hoch, Kredite sind sehr teuer, und viele neugegründete Firmen haben Liquiditätsprobleme. Das Staatsbudget ist nur ausgeglichen, weil vorgesehene Zahlungen entweder gar nicht, nur teilweise oder mit großer Verzögerung geleistet werden. Die kroatische Währung, die Kuna, wurde streng an die DM gekoppelt. So bleibt die Inflationsrate relativ niedrig und die Währung stabil. Diese strikte Geldpolitik erhöht die Chancen der Regierung, internationale Kredite zu bekommen.

Waren sind teuer, die Preise liegen bei einigen Verbrauchsgütern über dem bundesdeutschen Niveau. Dies führt zu einer importlastigen Wirtschaft und behindert die Entwicklung der heimischen Betriebe. Vergleichsweise günstiger kaufen viele Kroaten im benachbarten Bosnien oder in Slowenien und insbesondere in Ungarn ein. Die Privatisierung geht schleppend voran. Vereinfacht gesagt, dient sie bislang eher der Versorgung und Belohnung regierungstreuer Politiker. Insgesamt befindet sich die Wirtschaftskraft in Kroatien auf einem Viertel des Vorkriegsniveaus. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind offene Grenzen, der Zustrom von ausländischem Kapital und erweiterte internationale Handelsbeziehungen dringend nötig.

Gewerkschaftliche Interessenvertretung

Unter diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen muß gewerkschaftliches Handeln stattfinden; nur allzu logisch, daß Arbeitsmarktpolitik und der Abschluß von wirksamen Tarifverträgen im Vordergrund der Alltagspolitik der Gewerkschaften stehen. Noch sind Arbeitgeberverbände wenig entwickelt, und der Anteil der privaten Wirtschaft ist gering. So werden Tarifverträge direkt mit den Wirtschaftskammern, den staatseigenen Kombinat oder privaten Eigentümern abgeschlossen werden.

Bei den privaten Besitzern steht das Interesse an einem möglichst hohen Profit in möglichst kurzer Zeit im Vordergrund. Sie wollen sich nicht in Verbänden organisieren. Sie nutzen die desperate Lage vieler Arbeitsloser aus, verweigern z. T. die Auszahlung der Löhne und schließen nur unter dem Druck von Streiks Tarifverträge ab. Eine funktionierende Arbeitsgerichts-

barkeit ist lediglich im Planungsstadium, auf die Gerichte können sich Arbeitnehmer gegenwärtig noch nicht verlassen.

Das Arbeitsrecht lehnt sich in zahlreichen Punkten an das deutsche Beispiel an: So gab es im Frühjahr 1996 erstmals Wahlen zum „Betriebsrat“. Die neugewählten Betriebsräte haben ähnliche Aufgaben wie Betriebsräte in der Bundesrepublik, nur haben sie keine harten Mitbestimmungsrechte, es handelt sich eher um ein Betriebsverfassungsgesetz „light“. Das kroatische Arbeitsrecht sieht zudem die Schaffung eines tripartistischen Wirtschafts- und Sozialrates vor. Die Mitglieder (Gewerkschafts-, Arbeitgeber- und Regierungsvertreter) sollen in Einigungsverfahren Tarifstreitigkeiten zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber schlichten. Die Gewerkschaften versprechen sich hiervon einen verstärkten Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Hoffnung erfüllt, denn noch arbeitet das Gremium nicht.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gewerkschaften ist die soziale Sicherung. Vor der Gründung des unabhängigen Kroatiens war dies im wesentlichen eine Angelegenheit der Betriebe und deren Einrichtungen. Heute können und wollen die Betriebe die Kosten der sozialen Sicherung nicht mehr übernehmen. Die staatlich eingerichteten Sozialkassen werden aber z. Z. erst aufgebaut und sind noch nicht leistungsfähig. An ihrem Aufbau sind die Gewerkschaften maßgeblich beteiligt.

Bei den Betriebsratswahlen konnte auch die SSSH ihre Dominanz unter Beweis stellen, ihr gehören 80 Prozent aller gewählten Betriebsräte an. Die HUS verzichtete auf eine Beteiligung an den Wahlen, die KNSH erhielt Mandate vor allem in ihren Hochburgen. Für alle Gewerkschaften gilt, wenn auch in unterschiedlichem Maße, daß die Mitgliedsbeiträge in erster Linie für die Arbeit in den Betrieben genutzt werden. Etwa 50 bis 70 Prozent aller Beiträge bleiben in den Betriebsorganisationen. Die restlichen Gelder werden an die Branchengewerkschaft und den Bund verteilt. Der größte Anteil der Ausgaben wird auch heute noch für Unterstützungszahlungen an die Mitglieder ausgegeben.

Gewerkschaften in Bosnien-Herzegowina

Die Gewerkschaften in Bosnien-Herzegowina leiden nachhaltig und elementar unter den Folgen des grausamen Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Ihre Lage ist mit keiner anderen Arbeitnehmerorganisation vergleichbar.³ Mehr als anderthalb Jahre nach dem Dayton-Abkommen sind die tiefen Wunden, die der Krieg geschlagen hat, noch kaum vernarbt. Fabriken sind zerstört, Wohnraum ist knapp, Wasser- und Stromversorgung funktionieren in vielen Teilen des Landes nur unzureichend, Kommunikations- und Reise-möglichkeiten sind beschränkt und teuer.

³ Vgl. Peter Seideneck. Gewerkschaftlicher Neuaufbau in Bosnien-Herzegowina, in GMH 6/1996.

Unter diesen Bedingungen müssen in Bosnien-Herzegowina die Gewerkschaften ihre Arbeit organisieren. Dabei fehlt es häufig an den elementarsten Voraussetzungen. Die regionalen Gliederungen verfügen selten über funktionierende Büroausstattungen. Die Kommunikation innerhalb der Organisationen ist deshalb schwierig. Die Gewerkschaftshäuser sind teilweise durch den Krieg erheblich beschädigt worden, Reparaturen sind dringend nötig. Diese Umstände stellen an die Gewerkschaften Herausforderungen, die weit über die „klassische“ Gewerkschaftsarbeit hinausgehen. Noch immer bemühen sich die Gewerkschaften um die Organisation humanitärer Hilfe für notleidende Mitglieder.

Die Gewerkschaften führen Tarifverhandlungen fast ausschließlich mit der Regierung. Der Dachverband bemüht sich um eine gestaltende Rolle im Privatisierungsprozeß. Gleichzeitig vollzieht sich ein interner Demokratisierungsprozeß, der durch die erschwerten Bedingungen und eine dominierende Rolle der Zentrale des Dachverbandes nur schleppend fortschreitet. Neuwahlen in den Gliederungen der Einzelgewerkschaften und des Dachverbandes haben in einigen Fällen bereits stattgefunden oder werden vorbereitet. Einige Gewerkschaften bemühen sich zudem um die Wiederaufnahme früherer Geschäftsbeziehungen größerer Betriebe mit ausländischen Investoren. Diese Gewerkschaften betreiben so „aktive Beschäftigungspolitik.“

Die wirtschaftliche Lage

Hauptaufgabe der Gewerkschaften in Bosnien-Herzegowina ist es, für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen. Gegenwärtig sind lediglich 20 Prozent der Vorkriegsbelegschaft wieder beschäftigt. In einigen Industriebranchen konnte an ehemalige Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland angeknüpft werden. So produzieren einige Textilunternehmen wieder für westliche Bekleidungshersteller, dies sind jedoch Ausnahmen. Viele westliche Firmen, die früher in Bosnien produzieren ließen (wie z. B. die Volkswagen AG, die ein Werk in der Nähe von Sarajevo unterhielt) geben sich reserviert und warten ab, zumal die bosnischen Unternehmen fast ausschließlich in staatlichem Besitz sind. Wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung wäre es zudem, eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen, dazu gehören neue Verkehrswege (Straßen, Brücken und Schienennetze), eine angemessene Energie-, Strom-, und Wasserversorgung sowie ein modernes Telekommunikationsnetz.

Wie in allen Ländern, die durch einen Krieg wirtschaftlich ruiniert wurden, blüht auch in Bosnien-Herzegowina die Schattenwirtschaft. Sie sichert vielen Familien das Überleben im Alltag. Der Staat hat nur sehr beschränkte Möglichkeiten, in diesen Teil der Wirtschaft einzugreifen, vor allem aber gehen hier Steuern verloren. Die monatlichen Löhne und Gehälter für Staatsbedienstete, sofern sie gezahlt werden, entsprechen Beträgen zwischen 80 und 250 DM. Spitzenlöhne von 500 DM sind die Ausnahme. Gezahlt werden die Gehälter in einer der drei derzeit offiziell gültigen Landeswährungen, der Deutschen Mark, dem bosnischen oder dem jugoslawischen Dinar.

Gewerkschaftliche Organisation

Dem Gewerkschaftsbund Bosnien-Herzegowina gehören gegenwärtig 16 Einzelorganisationen an. Die Vertreter der Gewerkschaften arbeiten überwiegend ehrenamtlich, nur wenige Gewerkschaftsfunktionäre erhalten ein Gehalt. Die Gewerkschaften arbeiten auf zwei Ebenen, der Kreis- oder Lokalverwaltung und der zentralen Ebene in Sarajevo.⁴ Vor dem Krieg hatte der Bund in ganz Bosnien-Herzegowina 900000 Mitglieder. Gegenwärtig gibt es auf dem Gebiet der bosnisch-kroatischen Föderation ca. 200000 Mitglieder. Der Gewerkschaftsbund für die Srbska Republika hat nach eigenen Angaben ca. 150000 Mitglieder, realistisch sind es aber weniger als 100000. Auch hier gibt es etwa 50 lokale Organisationseinheiten. Der Gewerkschaftsbund Bosnien-Herzegowina hat zahlreiche Anläufe genommen, mit den Gewerkschaften in der Srbska Republika zu kooperieren. Bisher jedoch ohne Erfolg. Die politisch Verantwortlichen in der selbsternannten Serbenrepublik Bosniens setzen ihre Gewerkschaften massiv unter Druck und verhindern so eine Zusammenarbeit der beiden Arbeitnehmerorganisationen.

Nur die Gewerkschaften aus dem Bereich der Metall- und Textilindustrie, dem Bergbau, der Elektroenergiewirtschaft, dem Bankwesen und der Polizei haben ihre Arbeit während des Krieges durchgehend fortsetzen können. Hauptaufgabe des Dachverbandes war es in dieser Zeit, Strukturen und Kontakte innerhalb des Bundes aufrechtzuerhalten. Die Entwicklung internationaler Kontakte und Kooperation sowie die Beschaffung humanitärer Hilfe waren Schwerpunkt der Arbeit. Heute besitzen insbesondere die Organisationen, die während des Krieges weitergearbeitet haben, ein hohes Maß an Selbstständigkeit gegenüber dem Bund.

Die meisten Gewerkschaften haben nur geringe Beitragseinnahmen. Löhne werden nur unregelmäßig ausgezahlt. In der Vergangenheit betrug der Gewerkschaftsbeitrag 0,6 Prozent vom Nettolohn. Die Beiträge wurden direkt durch den Betrieb vom Lohn abgezogen. Über die Hälfte, nämlich 60 Prozent, verblieben in der betrieblichen Grundorganisation, 15 Prozent wurden an die Lokalverwaltungen abgeführt, 13 Prozent bekam die Einzelgewerkschaft, und 12 Prozent waren für die Bundeszentrale vorgesehen. Selbst diese bleiben derzeit oft in den Betriebs- oder Regionalorganisationen. Der Bund und die Zentralen der Einzelgewerkschaften erhalten nur sporadisch Geld, dennoch erwarten die Mitgliedsgewerkschaften und Lokalorganisationen von ihnen umfassende Leistungen und wirksame Unterstützung.

Internationale Hilfe und Solidarität

Während der über dreijährigen Belagerung Sarajevos konnten sich viele, auch die gewerkschaftliche Öffentlichkeit in Europa, eine gewerkschaftliche Arbeit in Bosnien kaum vorstellen. Trotz der teilweise sehr schwierigen

4 Siehe auch: Hinrich Oetjen/Peter Scherrer, Aufbauarbeit, in: Die Mitbestimmung 3/1997, S. 52-54.

Umstände wurde die Arbeit des Gewerkschaftsbundes jedoch auch in der Kriegszeit durch nationale, europäische und internationale Gewerkschaftsorganisationen unterstützt. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat schon sehr früh materielle und ideelle Hilfe geleistet. Am 1. Mai 1994 organisierte der Gewerkschaftsbund Bosnien-Herzegowina eine Maikundgebung, auf der die Generalsekretäre des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), des Weltverbandes der Arbeit (WVA) und des EGB sprachen. Damals drohte Karadzic, die Kundgebungsteilnehmer mit Granaten zu beschließen. Der EGB hat zudem bereits kurz nach dem Dayton-Abkommen ein Projekt zur Förderung der Gewerkschaftsarbeit in Mostar ins Leben gerufen. Und Ende letzten Jahres lud der EGB seine Mitgliedsorganisationen, den IBFG, den WVA und die den Gewerkschaften verbundenen Stiftungen zu einer Arbeitstagung nach Sarajevo ein. Als Ergebnis wurde nun eine spürbare und koordinierte Unterstützung der Gewerkschaften in Bosnien-Herzegowina verabredet. Dringende Reparaturen an Gewerkschaftshäusern sollen ausgeführt, unverzichtbare Büroausstattungen und Kommunikationsmittel für die größeren Organisationseinheiten des Dachverbandes angeschafft werden.

Wichtig ist, die Strukturen der Branchengewerkschaften zu stärken. Hier sind auch die deutschen DGB-Mitgliedsgewerkschaften gefordert. Einige Branchengewerkschaften unterhalten seit längerem intensive Kontakte zu ihren bosnischen Partnergewerkschaften. Die IG Bergbau und Energie hat wiederholt Spendenaktionen für die „Kumpels“ in Bosnien-Herzegowina gestartet. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung unterstützt die „TextilerInnen“. Die Hans-Böckler-Stiftung hat seit langem durch ihre Bildungsarbeit im ehemaligen Jugoslawien den Dialog zwischen den Gewerkschaften in Bosnien-Herzegowina und den deutschen Gewerkschaften gefördert. Zahlreiche Bildungsmaßnahmen beschäftigten sich mit den grundlegenden Aufgaben und Zielen von Gewerkschaften in einer demokratischen Gesellschaft.

Die Gewerkschaften in Serbien

Über die oppositionellen Kräfte und Parteien in Serbien fanden sich in der letzten Zeit zahlreiche Beiträge in den Medien, auch wenn das Interesse rasch wieder abgenommen hat. Über die Gewerkschaften hingegen wird sehr selten berichtet.⁵ Aber nach wie vor sind Gewerkschaften in Serbien ein politischer, wenn auch nicht geeinter Machtfaktor.

Noch während des Zweiten Weltkrieges, im Januar 1945, gründeten sich die Einheitlichen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Jugoslawiens, aus denen nur wenig später der Gewerkschaftsbund Jugoslawiens (SSJU) wurde. Die Gewerkschaften waren Mitglied in der Front der sogenannten Vereinten Sozialistischen Kräfte und von Beginn an unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei. Durch die feste Einbindung in Partei und Staat verlor der

⁵ Siehe auch; Peter Scherrer, Fabrikdirektoren entmachten, in: Die Quelle, 3/1997, S. 18.

Gewerkschaftsbund in den für seine Arbeit zentralen Aufgaben mehr und mehr an Einfluß. Die gewerkschaftliche Arbeit beschränkte sich auf die Verteilung von Nahrungsmitteln an Bedürftige und die Zuteilung der Ferienplätze in den gewerkschaftseigenen Hotels und Urlaubsunterkünften. Betriebliche Gewerkschaftsvertreter vermittelten zwar bei Konflikten zwischen den Direktoren und der Belegschaft. Eine ernstzunehmende und durchsetzungsfähige Interessenvertretung waren die Gewerkschaften aber nicht.

Mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens 1991 gingen auch in Serbien wichtige politische Veränderungen einher. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens wurde zur Sozialistischen Partei Jugoslawiens, bzw. zur Sozialistischen Partei Serbiens (SPS). Die Verfassung wurde 1991 geändert, erstmals gab es relativ freie Wahlen, an denen sich zahlreiche neugegründete Parteien beteiligten. Der neue reformistische Flügel im SSJU forderte die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von politischen Parteien. Die Flügelkämpfe innerhalb des Gewerkschaftsbundes führten zu einer Zerreißprobe für den Verband. Die „konservativen“ Gewerkschaftsfunktionäre, die den mittlerweile unter dem neuen Namen SPS firmierenden Kommunisten die Treue hielten, gaben auch dem Gewerkschaftsbund einen neuen Namen. Selbständige Gewerkschaften Serbiens (SSS) hieß der neue-alte Verband, der gleichzeitig im noch existierenden Dachverband der jugoslawischen Gewerkschaften SSJU einen beherrschenden Einfluß hat. SSS folgte nahtlos der großserbischen Idee der Milosevic-Regierung. Die Funktionäre des SSS veranstalteten Sammlungen zugunsten der kämpfenden serbischen Truppen, berechnete Lohnforderungen wurden durch die Führung mit dem Argument abgetan, es gelte nun der nationalen Sache zu dienen.

Die Mitglieder des SSS sind nach seiner „Umgestaltung“ nicht gefragt worden, ob sie weiterhin Mitglied bleiben wollten. Häufig wissen sie von ihrer Mitgliedschaft nur durch die monatliche Gehaltsabrechnung, denn Mitgliedsbeiträge werden fast ausschließlich automatisch durch die Betriebsleitung vom Lohn abgezogen. Die Mitgliedsstärke des Dachverbands wird mit 1,5 Millionen angegeben. Eine Zahl, die einer ernsthaften Prüfung kaum standhalten dürfte. Führend sind hier die Metallarbeiter mit offiziell 300 000 Mitgliedern, gefolgt von den Textilarbeitern mit 180 000. Auch diese Zahlen sind jedoch unrealistisch.

Der regimetreue SSS hat den Sitz seiner Zentrale im Stadtzentrum von Belgrad, nicht weit vom Parlament. Der größte Teil des imposanten Baus ist an kommerzielle Unternehmen vermietet. Die Mieteinnahmen dienen dem SSS zur Zahlung der Funktionärsgehälter. Auf dem Dach des Gewerkschaftshauses prangt die Lichtreklame der Vojvodina-Bank. Über das Vermögen der Gewerkschaften des ehemaligen Jugoslawien verfügen ausschließlich SSS und SSJU. Auslandskontakte hält der SSS insbesondere mit der französischen CGT und dem sogenannten Reformierten Gewerkschaftsbund Rußlands FUGR. Zwischen dem DGB und dem SSS bzw. dem SSJU gibt es seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges keine offiziellen Beziehungen mehr.

Die Gründung der oppositionellen Gewerkschaft Ujedinjeni Granski Sindikati Nezavisnost war das Ergebnis der vorhergehenden Flügelkämpfe innerhalb der SSS und einer Welle von Streiks im Jahre 1991. Teilweise wurden die reformistischen Kräfte aus dem SSS ausgeschlossen, andere kehrten den veralteten Strukturen freiwillig den Rücken. Auf Betreiben von einigen Journalisten von Radio Belgrad, Metallarbeitern und aktiven Gewerkschaftern der Belgrader Verkehrsbetriebe wurde die neue Gewerkschaft Nezavisnost offiziell im November 1991 gegründet. Nezavisnost hat heute rund 150 000 Mitglieder. Gerade in den letzten Monaten hat die Organisation im Sog der Proteste viele neue Mitglieder gewinnen können.

Der Kurs von Nezavisnost war von Beginn an recht klar: die deutliche Absage an den Krieg in Jugoslawien, eine antinationalistische Haltung. Konzentration auf die gewerkschaftlichen Kernaufgaben und Distanz zu allen politischen Parteien. Nezavisnost beteiligt sich am Widerstand der Bevölkerung gegen das Milosevic-Regime. Nezavisnost verfügt über eine Reihe von Kontakten zu europäischen und nordamerikanischen Gewerkschaften. Mit den DGB-Gewerkschaften gab es zahlreiche bilaterale Begegnungen. Nezavisnost wurde kurz nach seiner Gründung Mitglied im EGB-Forum.

Ein weiterer Gewerkschaftsverband ist der Bund der Freien und Autonomen Gewerkschaften Serbiens. Er ist eine Abspaltung der oppositionellen Nezavisnost und organisiert überwiegend Metallarbeiter, hat aber nur einige tausend Mitglieder in und um Belgrad.

Die wirtschaftliche Lage

Im Februar 1994 wurde die neue Währung durch den Nationalbankpräsidenten Abramovic zu einem festen Wechselkurs, eins zu eins zur DM, eingeführt. Entgegen aller Skepsis und dank einer restriktiven Geldpolitik blieb der Geldwert 1994 einigermaßen stabil. Die Inflationsrate betrug 1994 „lediglich“ 100 Prozent. Verglichen mit der Kriegszeit hat sich zudem die Versorgungslage wesentlich verbessert. Die Regale in den Lebensmitteläden sind gefüllt. Nur die Löhne reichen nicht aus, um sich das Mindeste leisten zu können. Die 1,2 Millionen Rentner erhalten ca. 120 DM im Monat, Der Unmut über die sich de facto nicht verbessernde Lage der Arbeitnehmer löste in den vergangenen Jahren immer wieder eine Reihe von Streiks aus.

Im Dezember 1996 wurde ein neues, sehr restriktives Arbeitsgesetz verabschiedet. In diesem Gesetz werden den von der Partei eingesetzten Fabrikdirektoren sehr weitgehende Rechte eingeräumt. Danach brauchen die Direktoren die Arbeitnehmervertreter weder bei Einstellungen, Kündigungen, Arbeitszeitregelungen noch bei Kurzarbeit zu konsultieren. Das Streikrecht wurde extrem eingeschränkt: die staatlichen Stellen können fast jeden Streik für illegal erklären. Rund fünfzig Prozent der Unternehmen wurden kurzerhand zu Betrieben von „sozialem Interesse“ erklärt, in denen selbstverständlich nicht gestreikt werden darf.

Der Durchschnittslohn beträgt zur Zeit ca. 230 DM. Die Löhne werden oft mit monatelanger Verspätung ausgezahlt. Der Wechselkurs zur DM gerät wieder ins Wanken, die Inflation zieht an. Die Folge ist, daß der Schwarzmarkt wieder blüht.

Perspektiven der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in allen der drei Staaten im ehemaligen Jugoslawien sehen sich mit einer Fülle von Herausforderungen konfrontiert. In den klassischen Aufgabenfeldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen sie häufig allein auf weiter Flur. Bis auf marktschreierische Parolen und „Appelle an die Nation“ haben die politisch Verantwortlichen wenig Konkretes getan, um die Krisen in ihren Ländern zu meistern. Die in allen drei Staaten zerstrittene und relativ schwache Sozialdemokratie unterstützt die gewerkschaftlichen Forderungen im Grundsatz, ist aber bisher einflußlos geblieben. In allen drei Staaten werden die Rechte der freien und unabhängigen Gewerkschaften ständig in Frage gestellt. In allen drei Staaten gibt es, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, eine ständige Bedrohung der Pressefreiheit, in allen drei Staaten kämpfen trotz aller Unterschiede im Detail autokratische Machthaber um ihr politisches Überleben.

Die demokratischen Gewerkschaften in diesen Ländern sind dringend auf materielle Unterstützung angewiesen. Genauso wichtig ist es, sie durch politische Solidarität und die Vermittlung von gewerkschaftlichem Know-how zu stärken. Eine besondere Rolle sollten dabei die Kontakte mit anerkannten Gewerkschaften aus anderen mittel- und osteuropäischen Staaten spielen, verfügen diese doch über vergleichbare Erfahrungen im politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozeß.

Die Westeuropäischen, die deutschen Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Stiftungen und Institute haben seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien zahlreiche Seminare, Konferenzen und Tagungen mit Gewerkschaften aus allen Teilen Ex-Jugoslawiens durchgeführt. Ziel muß es weiterhin sein, den Annäherungsprozeß zu unterstützen. Auch wenn der vordergründige Eindruck entsteht, daß die Republiken des ehemaligen Jugoslawien nicht miteinander kooperieren wollen, so zeigt die Vergangenheit - auch während des Krieges gab es einen beträchtlichen Handel zwischen den kriegsführenden Staaten - und zwingt die Zukunft zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Balkan. Für die europäische und die deutsche Gewerkschaftsbewegung gilt es nach wie vor, die Verbände zu unterstützen, die den Frieden wollen und dazu beitragen, entwickelte demokratische Strukturen zu schaffen. Die europäischen und die deutschen politischen Parteien und Institutionen müssen sich um eine verstärkte Förderung der Nichtregierungsorganisationen in den neuen Republiken bemühen, denn nur durch eine Einflußnahme auf die Politik und auf die Lebenssituation der Menschen werden demokratische Spielregeln beachtet und als wertvolles, zu schützendes Gut respektiert werden.